

# Die Balkankrise.

Obwohl die Feindseligkeiten auf dem Balkan eingestellt worden sind und wohl kaum wieder aufgenommen werden dürfen, spricht man in unrichtlichen Kreisen nach wie vor von einer Balkankrise, an der alle europäischen Nationen mehr oder minder beteiligt sind. Und wenn auch bald von dieser, bald von jener Regierung versichert wird, daß der Friede unbedingt erhalten bleiben werde, so ist doch nicht zu leugnen, daß die Lage noch immer sehr gespannt ist und daß noch immer mit etwaigen Verwicklungen gerechnet werden muß.

Unter solchen Umständen gewinnen die Äußerungen verantwortlicher Staatsmänner ganz besondere Bedeutung, und wie die Welt vor einigen Tagen die Rede des deutschen Reichskanzlers beprochen hat, so haben jetzt die Worte, die der französische Ministerpräsident Poincaré in der Kammer gesprochen hat, weithin Beachtung gefunden. Herr Poincaré sagte u. a. über die gegenwärtige Lage:

„Bisher waren sich die Mächte darin einig, anzuerkennen, daß die militärischen Operationen dem Balkan noch keine endgültige Neugestaltung gegeben haben, und sie waren glücklich genug beraten, keine besondere Maßnahme zu ergreifen, die nicht wieder gut zu machen wäre. Das Ergebnis einer besseren Garantie für den europäischen Frieden ist besonders dem Fortdauern des Kleinwaffenhandels der Kanonen in der letzten Woche zu verdanken. Aber eine gemeinschaftliche Beipredung, in der alle Probleme in ihrem Zusammenhang ins Auge gefaßt und alle ausgetauschten Schriftstücke vorgelegt werden, wird voraussichtlich allein in friedlicher Weise die Gegenstände der Ansichten lösen können, die zwischen gewissen Großmächten und den Balkanstaaten oder zwischen den Großmächten selbst bestehen.“

Mit besonderem Nachdruck tritt Poincaré hier ganz plötzlich abermals für den Konferenzgedanken ein. Während der drei Tage, die zwischen den Ausführungen des deutschen Reichskanzlers und den Poincaréschen Mitteilungen liegen, sind die Ansichten auf Vermittlung internationaler Vermittlungen entschieden günstiger geworden. Demnach hielt es der Ministerpräsident nicht für angemessen, bei der an die Adresse Anstalts gerichteten allgemeinen Zusicherung der ununterbrochen fortwirkenden Bundesstreue sich kräftiger Ausdrücke zu bedienen. Man versichert, daß auf ausdrücklichen Wunsch Anstalts jene besondere Erwähnung des Verhaltens der französischen Streitkräfte im Falle einer erneuerten Verletzung der österreichisch-russischen Beziehungen unterließ.

Eine Anspielung auf die englisch-französischen Streitigkeiten in Kleinasien will man in der im Laufe der Rede an die Türkei gerichteten Aufforderung finden, sich mit der Durchführung der von Frankreich verlangten Reformen in der Libanonprovinz, wo vorwiegend französische Interessen in Frage kommen, zu beeilen. Eine gewisse Enttäuschung bereitet die den Großmächten gemeldeten Worte. Hier berief sich Poincaré nachdrücklich auf die berühmte Beschwörung. Das Wort Vorkriegskontinuität blieb unerwähnt. Man hatte den Eindruck, daß dieser Plan aufgehört habe, die französische Regierung zu interessieren, da Paris als Konferenzort nicht mehr in Frage kommt.

In den nächsten Tagen ist nun eine Aufhebung des russischen Kabinetts zu erwarten. Hoffentlich klängen auch aus Petersburg Friedensakkorde durch die Welt. Allerdings müßte dann die Regierung energisch von ihrem Gelände in Belgrad abziehen. Hat dieser Diplomat, Herr v. Hartwig, doch jetzt noch einen Bericht erstattet: „Die Ansprüche Serbiens auf Albanien sind berechtigt. Serbien führte seinen Krieg mit der Türkei erfolgreich und kann seinen Teil der eroberten Gebiete okkupieren, der ihm genehm ist. Österreich hatte ja keinen Krieg mit der Türkei; mit welchem Rechte verlangt es jetzt gewisse Anrechte auf Gebiete wie Albanien?“ Hartwig betonte auch, er tue nur das, was seine Regierung ihm befehle, und daß alle Verhandlungen, daß er auf eigene Faust Politik treibe, unrichtig seien.

Sind diese Äußerungen wirklich gefallen, so würden sie zeigen, daß entweder die russische Regierung ein doppeltes Spiel treibt, oder daß es neben der amtlichen und verantwortlichen Regierung noch eine unverantwortliche Nebenregierung gibt. Die erstere, die sich rückhaltlos zum Frieden bekant, hat übrigens den Mächten bezüglich Albanien einen Vorschlag unterbreitet, der vielleicht Aussicht auf Verwirklichung hat. Danach soll Albanien unter türkischer Oberhoheit bleiben. Alle Großmächte möchten ihr Nichtinteressiertheit in Albanien unzweideutig zu erkennen geben. Ein albanischer Hafen und eine zu demselben führende Eisenbahn sollten als neutral erklärt werden und Serbien die kommerzielle Benutzung der Eisenbahn wie des Hafens zugesichert werden. Es ist durchaus nicht unmöglich, daß auf diese Weise eine der heikelsten Balkanfragen ihre Lösung findet.

# Politische Rundschau.

## Deutschland.

\* In der Reichstagskommission zur Vorbereitung eines Reichswohnungs-gesetzes gab ein Regierungsvertreter die Erklärung ab, daß sich die verbandelten Regierungen auf einmütige mit der Frage der Schaffung eines Reichswohnungs-gesetzes beschäftigt haben und daß eine Umfrage an die Regierungen der Einzelstaaten gerichtet worden ist. Bei einigen Bundesregierungen liegen aber noch Widersprüche vor. Die Kommission beschloß, sich nicht zu vertagen, sondern die Subkommission mit der Prüfung der Frage zu beauftragen, welche Teile des Wohnungs-wesens in erster Linie reformbedürftig sind. Dort sollen die Vorarbeiten zunächst einleiten.

\* Der Reichstags- und preuß. Landtags- Abgeordnete des Wahlkreises Stolp-Lanenburg (Pommern) Will (Schwedlin) ist im Alter von 64 Jahren in Schwedlin verstorben.

## Schweiz.

\* Im Nationalrat stand der Kredit zur Vertagung, den der Bundesrat in Höhe von 148 000 Franc zur Beilegung der Kosten des Besuchs des Deutschen Kaisers gefordert hatte. Die Sozialdemokraten lehnten diese Summe ab. Deswegen erklärte der Bundespräsident Ferret, daß die Schweiz über den Besuch Kaiser Wilhelms ihre volle Genehmigung und Freude ausdrücken müsse.

## Belgien.

\* Die nächste internationale See-rechtskonferenz sollte bereits im Herbst dieses Jahres abgehalten werden, doch wurde ihre Verschiebung zunächst auf unbestimmte Zeit vorgezogen. Die Konferenz soll nunmehr im Frühjahr 1913 in Brüssel stattfinden. An ihr ist auch das Deutsche Reich beteiligt, und das Programm sieht die internationale Regelung der Haftung der Reederei sowie der Vorräte und Hypotheken für Seeschiffe vor.

\* Die vom Ministerpräsidenten in der Kammer eingebrachten neuen Militär-vorlagen erfüllen alle Forderungen, die die Kammermehrheit für die wirksame Verteidigungsfähigkeit der Neutralität des Landes gestellt hatte, wie z. B. die allgemeine Dienstpflicht. Diese wird freilich dadurch gemildert, daß angegebene Befreiungsvorschriften etwa 45 Prozent der Stellungsbefähigten freilassen. Außerdem wird die Einrichtung des Einjährig-Freiwilligendienstes nach deutschem Muster geschaffen. Die Dienstzeit wird nicht verlängert. Man hofft, daß die Vorlagen noch vor Weihnachten Geleg werden und bereits im Jahre 1913 in Kraft treten können.

## Amerika.

\* Der Marineminister der Ver. Staaten hat dem Kongress eine bedeutende Erweiterung des Flottenbauprogramms vorgeschlagen.

\* Dem kanadischen Parlament ist ein Gesetzentwurf vorgelegt worden, in dem 35 Millionen Dollar für den Bau von drei über-Ozean-Dreadnoughts für die englische Reichsflotte gelordert wurden.

# Haus dem Reichstage.

Das Haus legte am Donnerstag die allgemeine Aussprache über den Etat fort. Abg. Baasche (nat.-lib.) bezieht sich auf die im Etat als nicht zu günstig, als ihn der Schatzsekretär hingestellt hatte. Abg. Wilmmer (fortsch. Sp.) erklärte sich mit den Worten des Kanzlers gegen das Zentrum einverstanden und bezeichnete den Etat als solid. Abg. Krenzl (Reichsp.) sah den wirtschaftlichen Aufschwung als eine Folge der Reichsfinanzreform von 1909 an. Abg. Seyda (Volk) erklärte sich gegen das Verhalten der preussischen Regierung in der Verteilungsfrage. Nachdem Abg. Kypers (Volk) sich gegen neue Steuern und neue Schulden ausgesprochen hatte, richtete Abg. Lenich (fort.) neue Angriffe gegen das Bürokratism, dem er vorzieht, es beizubehalten die großen Massen nur als Hinterlassenen der Nation.

Am 6. d. Mts. haben zunächst auf der Tagesordnung kleine Anfragen.

Eine Anfrage des Abg. Viehnecht (fort.) über die Verunreinigung der Wasserläufe bezug. ob internationale Abmachungen über die Reinhaltung der Flüsse geplant sind, beantwortet.

Schatzsekretär Delbrück: Es schweben Verhandlungen über die Abstellung der Unfälle durch den Ausbau des vorgelegenen schiedsgerichtlichen Austrages von Streitigkeiten auf diesem Gebiete.

Die Anfrage des Abg. Herzfeld (fort.), ob auf dem Wege der Reichsgegesetzgebung eine Ordnung der mecklenburgischen Verfassungslage beabsichtigt wird, beantwortet.

Schatzsekretär Delbrück: daß die verbandelten Regierungen keine Veranlassung haben, ihren bisherigen Standpunkt zu ändern.

Auf die Anfrage des Abg. Bernheim (fort.), eine Aufstellung der Staaten, die die Staaten Europas für Arbeiterversicherung ausgeben, dem Reichstage zugehen zu lassen, erklärt.

Schatzsekretär Delbrück, daß hier eine Anregung vorliegt, deren mögliche Befolgung zu prüfen sein wird.

Auf die Anfrage des Abg. Bell (fir.), ob die Einführung eines Reichsberggesetzes zu erwarten sei, erwidert.

Schatzsekretär Delbrück, daß ein hinreichender Anlaß hierzu nicht vorhanden ist.

Schließlich liegen drei Anfragen des Abg. Frhrn. v. Richthofen (nat.-lib.) über Marokko vor, die der Legationsrat v. Lehmann dahin beantwortet, daß es zureichend ist, daß sich der spanisch-französische Vertrag auf den Bahnbau Tanger-Fes und die Zollbehandlung des Tabaks bezieht, daß eine Anregung zur Aufhebung der deutschen Post in Marokko den verbandelten Regierungen bisher nicht zugegangen ist, und daß die Begründung öffentlicher Arbeiten in Marokko durch Submission eine Tatsache ist, die in jedem Einzelfall geprüft und entschieden werden muß.

Die allgemeine Aussprache über den Etat wird fortgesetzt.

Abg. Gröber (Zentr.): Wir haben nicht zuerst vom Bundesratsbeschlusse über das Jubiläumsgesetz gesprochen, sondern der sozialdemokratische Redner. Die Frage ist keine konstitutionelle Frage, sondern es handelt sich um die Gewissensfreiheit, die haantische Gleichberechtigung der Konfessionen.

Boher nimmt der Bundesrat das Recht, so in Gewissensfragen einzugreifen, wie es nur der französische Konvent getan hat? Nationalliberale und Fortschrittler haben sich gegen das Jubiläumsgesetz ausgesprochen. Wir warten bei unserem Verhalten gegenüber dem Bundesrat nicht auf ungeduldeten Ratgeber. Unter Ziel in die Werkschritte.

Schatzsekretär Dr. Lisco: Der Abg. Gröber hat den Bundesratsbeschlusse von 1872 angefochten. Der Bundesrat war damals jedwells der beste Interpret für das, was Bundesrat und Reichstag gewollt haben. Jetzt sind im Bundesrat Zweifel an der Rechtsgültigkeit nicht aufgetreten. Wenn der Bundesratsbeschlusse von 1872 nicht der damaligen Reichstagsmehrheit voll und ganz entzogen hätte, würde er gewiß nicht launlos bestritten haben. Die jetzige Aufhebung bedeutet keine Verjährung. In einzelnen Bundesstaaten bestehen schon längst viel härtere Bestimmungen. Darum kann der kleine Unterschied, der in dem Bundesratsbeschlusse getadelt wird, hier nicht in Betracht kommen.

Abg. Viehnecht (fort.): Die Kommission zur Behandlung der Teuerungfrage hat eine befremdliche Verfallungsentscheidung erlassen.

Vizepräsident Döber: Sie dürfen einer Kommission nicht den Vorwurf der Verschleppung machen.

Abg. Viehnecht (fort.): Der Regierung wäre es gewiß sehr erwünscht, wenn der Reichstag in der Teuerungfrage einig wäre, damit sie mit einem konstitutionellen Reichstage verhandeln könnte. Wir können die von den sogenannten nationalen Parteien betriebene Verdrängungspolitik nicht unterstützen. Was den Teuerungsgesetz betrifft, geschieht der Sozialdemokraten schon längst. Warum hat der Abg. Gröber nicht den Minister darüber befragt.

Abg. Graf v. Kanitz (fort.): Wenn der Vorredner meint, die Konfessionsparteien wollen durch einen anderen Konflikt die inneren Schwierigkeiten überwinden, so kann ich erklären, daß mir davon nichts bekannt ist. Der Vorredner hat die Arbeit der Teuerungskommission als Verschleppungspolitik bezeichnet. Die Sozialdemokraten haben Anträge gestellt, die gerichtet sind, die einheitliche Wirkung durch die Einführung ausländischer Fleischs leichter zu machen. Damit war eine ausgedehnte Aufhebung der ganzen Frage gegeben und wir haben deshalb die Beratungen vertagt, um eine eingehende Beratung zu ermöglichen.

Die Abg. Wilmmer (fortsch. Sp.), Giesberts (Zentr.), Baasche (nat.-lib.) stellen Ausführungen der Vorredner richtig.

Abg. Hoch (fort.): Die Konfessionsparteien wollen in der Teuerungskommission nur Obstruktion treiben. Unser Standpunkt lag ja schon vorher fest.

Abg. Sieg (nat.-lib.): Ich trete den Ausführungen des Abg. Graf Kanitz bei.

Abg. Viehnecht (fort.): Abg. Giesberts hat draußen im Lande die deutschen Parteien gelagert genannt. Er hat mit vergifteten Pfeilen geschossen. (Präsident Kämpf rügt diesen Ausdruck.) Abg. Giesberts (Zentr.): Ich weise das mit allem Nachdruck zurück. Ich habe mich in keiner Weise gegen die Blöße gerichtet, sondern lediglich gegen gewisse Agitationsmethoden.

Abg. Viehnecht (fort.): Giesberts behauptet lediglich meine Verleumdung. Seine völlige Unwissenheit ist ein Schuldbekentnis. So spielt er wieder den Wolf in Schafskleidern.

Präsident Kämpf: Wollte in Schafskleidern gibt es in diesem Hause nicht.

Die übrigen Staatsleiter gehen an die Budgetkommission.

Das Haus vertagt sich.

# Der vergrabene Schatz des Kassenräubers Bruning.

In dem kleinen Dorfe Engter bei Dnabrück wurden auf dem Gehöfte des Schwagers des flüchtigen Berliner Desfraubanten Bruning 67 000 Mk. gefunden und beschlagnahmt. Das Geld war im Keller des von dem Schwager bemohnten Hauses eingemauert. Man vermutet, daß in dem Hause weitere Summen verborgen sind. Der volkühnlich in Haft genommene Schwager, der sich durch mancherlei Nebenverdächtig gemacht hatte, leugnet dies allerdings, wie er auch den jetzigen Aufenthalt Brunings nicht kennen will. — Der Kassenbote der Dresdener Bank in Berlin Gustav Bruning verschwand am Vorenttag des 26. Juni d. J. unter Mitnahme von 260 000 Mk. in barem Gelde. Trotzdem schon etwa eine Stunde nach der Flucht des verwegenen Verbrechers die Polizei alle nur erdenklichen Maßnahmen ergriff, um seiner habhaft zu werden, und die geschädigte Bank sofort 10 000 Mk. Belohnung auf die Ergreifung des Desfraubanten ansetzte, gelang diese bis jetzt nicht. Das ist um so verwunderlicher, als Bruning starke äußere Kennzeichen hat. Nach der Tat liefen zwar bei der Polizei aus allen Himmelsrichtungen Anzeigen ein, denen zufolge der Desfraubant bald da, bald dort gesehen worden sein sollte, immer aber gerrannen diese Spuren in nichts. Am 11. November endlich erhielt man ein sicheres Lebenszeichen von dem Desfraubanten, und zwar eine an einen Kassenboten der Dresdener Bank gerichtete, ironisch gehaltene Postkarte, datiert aus New York, 30. Oktober, die, wie Sprecherscher verständige feststellen konnten, unzweifelhaft von der Hand Brunings herrührt. Eine Spur von dem Desfraubanten konnte aber auch diesmal nicht gefunden werden. Vor einigen Tagen lief nun im Berliner Polizeipräsidium eine Anzeige aus der kleinen Ortschaft Engter bei Dnabrück ein, in der der dort wohnende Schwager des Bruning verdächtigt wurde. Der Polizei war dieser Schwager, der eine Schweizerin des Desfraubanten zur Frau hat, bereits bekannt und seinerzeit auch eingehend vernommen worden. Er wie seine Frau beteuerten aber, nicht zu wissen, wo sich der flüchtige aufhalte. Die Familie war dann auch überwacht worden, es zeigte sich aber nichts Verdächtiges. Jetzt aber wurde bekannt, daß der Mann geblüht habe, er brauche gar nicht zu arbeiten, denn er habe einen vergrabenen Schatz. Die Polizei nahm diese Spur auf und es gelang endlich, den Mann zu einem Geständnis zu bringen.

# Der Sturm bricht los.

11] Historische Novelle von R. Lindner.

(Fortsetzung.)

„In demselben Augenblick“ fuhr Seydlich fort, „meldete man dem General Augereau zur Audienz. Noch einmal hat ich haltig, mir zu sagen, wie Erzengel in einem frühlichen Falle zu handeln hätten. Es war zu spät. Augereau erschien bereits auf der Schwelle. Das Gesicht des Königs war wie verwandelt. Nach den Umständen, lieber Seydlich,“ sagte Se. Majestät in gleichgültigem Tone, „immer nach den Umständen!“ Darauf entließ er mich mit einer gnädigen Handbewegung.“

„Vor, der sich zuwehends an den Worten des Erzählers belebt und, von der Hoffnung getragen, bereits halb aus dem Sessel gehoben hatte, sank bei den letzten Worten wieder kraftlos zurück, als wenn ihn der Schlag zum zweiten Male getroffen hätte.“

„Stein war fertig mit Schreiben. Er warf die Feder hin und wandte sich an Seydlich.“

„Waren Nachrichten über die große Armee in Berlin?“

„Die Bürgerhose,“ so antwortete Seydlich, „hatte noch keine Ahnung von ihrem Geschick. In den Toren handhabten die französischen Wachen in dieser Beziehung strenge Kontrolle. Nur der General Augereau schien Kurieren empfangen zu haben. Sein Gesicht war finstler und verbissen, als ich ihn beim König eintraten sah.“

„Und was sahen Sie auf der Rückreise, Herr Adjutant?“

„Reinen Milt nach Königsberg hemmten die fliehenden Franzosen. Es war kein Heer mehr, es war der hochklugige Jammer. Die errieten, die ich in dichteren Gruppen traf, gehörten den militärischen Schwadronen an, die zu Pferde dem übrigen Heere fliehend vorausgeeilt waren, aber schon in Polen meist ihre Tiere verloren hatten. Ich beritt einen Krähof voll unbergerader Leichen. Alles Land zwischen dem Schwarzen Meer und der Ostsee ist eine reich bedeckte Festfläche für Straßen und Wälder.“

„800 000 stolzen Soldaten sahen 10 000 Gerippe die Wechsell wieder. Se. Majestät der Kaiser Napoleon ließ ein Bulletin nach Paris gehen, folgenden Inhalts, wie ich hörte: „Das Heer hat den Rückzug angetreten, aber die Gesundheit Sr. Majestät ist niemals besser gewesen.““

„Es entstand eine minutenlange Pause. Jeder bedurfte dieser Zeit, um sich die ungeheure Tragweite des Geschehens zurecht zu legen.“

„Dann näherte sich Stein dem General und ließ die Hand schwer auf die Schulter des Hirtenträumenden fallen. „Nun, aber nachdrücklich rollten seine Worte durch den Raum:“

„Nach den Umständen, York! Wollen Sie mehr Instruktionen? Es gibt Vagen in der Geschichte, wo es zur Pflicht wird, sich außer Gefahr zu erklären, weil eine Tat geschehen muß, die alles Geleg beleidigt. Vorwärts, Pflichterfüllung, Gebuld werden zum Hochverrat, alles, was dem menschlichen Herzen heilig ist, unter den fähigen Entschluß des Einen gebeugt, dessen Schultern in solcher Stunde die Ächsen des Himmels tragen. Nach den Umständen, York! Und mehr verlangt kein sterblicher Mensch von uns, aber weniger darf das Vaterland nicht verlangen. Nach den Umständen, General. D, ich will Ihnen dies Wort in die Ohren rufen bis an Ihre Grab, will dies Wort beschwören wie eine Einnahme, die Sie ruhelos über die Erde jagt, wenn Sie mir die Stunde verfluchen. Hören Sie, York! Nach den Umständen! Beim lebendigen Gott, kein König hätte Unmögliches antworten können, als Friedrich Wilhelm!“

„Die Stimme des gewaltigen Freiherrn klang wie fernhin rollender Donner. York erhob sich und befehle einen hilflosen Blick auf seine Offiziere, indem er Stein anzusehen vermied.“

„Kleist — Seydlich — rief er, „schützt mich vor dem Freiherrn! Der Mann ist schrecklich!“

„Stein nahm das Blatt Papier, worauf er vorher geschrieben, vom Tische auf und reichte es York.“

„Präsen Sie diesen Vertragsentwurf, er wird alles tun, um Ihre Ehre zu schonen.“

„York zog sich an die enlegene Ecke des Tisches zurück und rühte das Talglicht näher, um lesen zu können.“

„Kleist,“ fuhr der Freiherr fort, „mir war, als hörte ich Anabettinnen, als ich ins Lager einritt. Welcher Segen war das?“

„Es sind ostpreussische Knaben von der Grenze,“ war Kleists Antwort, „die sich bis zu uns gewagt haben, um vor den Quartieren ihre Weihnachtslieder zu singen.“

„Über Steins ergoßene Züge lief es wie augenblickliche Nahrung.“

„Weihnachten!“ feuchte er laut. „Und wir stehen in den Schneefeldern Anstalts, ein einfaches Preußenhüflein. Freunde, ob wohl unter Frauen dadeim den Kindern ein Bäumlchen schmücken und aus den febllichen Kindergeschreien bei Kerzenlichte die Jäger der Wälder leiten? Ja, wenn der Eroberer ihnen noch einen Heller gelassen hat oder die französische Bombe das Haus verfontete. Es ist Weihnachtsabend, aber des Jammers Wolkenmassen hängen hochschwarz über die Erde nieder. Kein Trost, kein Stern! Nur über dem kleinen Fied, den ein preussischer Korps an der Ostsee hüten, bricht sich das Gewölke. An dieser kleinen Lichtung hängen Millionen Augen — tränenslos; denn sie haben keine Träne mehr zu vergießen. Ein Stern wird sichtbar; er bekennt ein einziges Haupt, das graue Haupt eines Generals. Es ist Weihnachtsabend, und die Hirten auf dem Felde sprechen von diesem Stern.“

„Blötzlich fuhr die Stimme des Freiherrn aus der augenblicklichen Ergrißtheit empor. Er wendete sich an den General, der das Papier gedankenvoll in den Schöße hatte gleiten lassen und vor sich hin sah.“

„York, York!“ rief Stein mit gewaltiger Stimme, „ehe sich der Himmel über dieser kleinen Lichtung schließt, reihe den Stern herab und bring ihn deinem Volke zur Weihnachtsgabe; denn dieser Stern, York, ist die Freiheit und die Größe des Vaterlandes!“

„Alle Anwesenden Augen hingen an York. Erst nach einer Minute peinlichen Stillschweigens hob er den Kopf und sagte mit vibrierender Stimme:“

„Kleist, rufen Sie meine Stabsfiguriere,“